



1. Marxistische Krisentheorie

Im Kapitalismus, dem Gesellschaftssystem in dem wir leben, sind die Produktionsmittel, die in den Händen der Kapitalisten konzentriert sind, von den Arbeitern, den eigentlichen Produzenten, getrennt. Die Arbeiter besitzen nichts als ihre Arbeitskraft, und diese müssen sie an die Kapitalisten verkaufen, um im Austausch dafür Lohn, also Geld zum Kauf von Existenzmitteln, zu erhalten.

Im Laufe der Entwicklung des Kapitalismus erlangt die Produktion immer mehr gesellschaftlichen Charakter. Das heißt, sie geht nur durch das Zusammenwirken vieler Tausend Arbeiter vorstatten. Die Ergebnisse der Produktion, die Produkte, werden aber von den Eigentümer der Produktionsmittel, von den Kapitalisten, privat angeeignet. Diesen Widerspruch nennen Marxisten den Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung. Dieser bedingt den ausbeuterischen Charakter des Kapitalismus. Durch die Ausbeutung der Arbeitskraft eignet sich der Kapitalist den Mehrwert an, mit dem er sein Kapital vergrößert. Dadurch können die Produktionsmöglichkeiten und damit das Angebot an Waren zwar anwachsen, aber die zahlungsfähige Nachfrage ist beschränkt durch den ständigen Druck auf die

Löhne der abhängig Beschäftigten, der Arbeiter.

Der Grundwiderspruch des Kapitalismus stellt sich dar im Widerspruch zwischen der Organisation der Produktion im einzelnen Unternehmen und der Anarchie der Produktion in der ganzen Gesellschaft.

Im einzelnen Produktionswerk plant und entscheidet der Einzelkapitalist. Was dabei für die ganze Gesellschaft herauskommt, wird vermittelt durch die Konkurrenz der Einzelkapitalisten. Jeder Einzelkapitalist plant für sich gegen die anderen. Das Gesamtergebnis kann deshalb nicht gesellschaftlich geplant zustande kommen. Gesellschaftliche Planung würde eine Einschränkung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, d.h. eine Einschränkung für die Kapitalisten bedeuten. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist aber die Grundlage für Macht und Reichtum der Kapitalisten als Klasse.

In der Jagd nach Profit erweitern die Kapitalisten die Produktion, ersetzen menschliche Arbeitskräfte durch neue Maschinen. Um den dadurch entstehenden Druck auf die Profitrate zu kompensieren, erhöhen sie die Produktionskapazitäten und erzeugen noch größere Warenmengen. Dies stößt an die engen Schranken des

Konsums der Bevölkerung, da durch die neuen Maschinen auch die Erwerbslosigkeit steigt, die Reallöhne sinken und Zwischenschichten ruiniert werden. Der technische Fortschritt, der Einsatz neuer Maschinen, tritt in den Produktionszweigen ungleichmäßig auf, und setzt sich in der Konkurrenz durch. Gesellschaftliche Planung ist deshalb auch hier nicht möglich. Ohne gesellschaftliche Planung ist die notwendige Proportionalität zwischen den einzelnen Produktionszweigen zufällig, die ständige Störung ist allgemeine Regel der kapitalistischen Reproduktion.

Aus dem Grundwiderspruch und seinen Erscheinungsformen ergibt sich das Gesicht der Krise: Einerseits Überfluss an Produktionsmitteln und Produkten und andererseits Überfluss von Arbeitskräften, d.h. Arbeitslosen ohne Lohnzahlung für ihre Existenzmittel.

Die regelmäßige Wiederkehr von Krisen (zyklische Krise) hat ihre Ursache in der massenhaften Neuanlage von fixem Kapital (Maschinen) am Ende der Depressionsphase des Konjunkturzyklus, das spätestens bei völligem Verschleiß ersetzt werden muss (1). Aus der Lebensdauer von Produktionsmitteln, die von der physischen Belastbarkeit, aber auch vom techni-

schen Fortschritt abhängt, ergibt sich die Periodizität der kapitalistischen Krisen.

„Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.

Die Waffen, womit die Bourgeoisie den Feudalismus zu Boden geschlagen hat, richten sich jetzt gegen die Bourgeoisie selbst.

Aber die Bourgeoisie hat nicht nur die Waffen geschmiedet, die ihr den Tod bringen; sie hat auch die Männer gezeugt, die diese Waffen führen werden - die modernen Arbeiter, die Proletarier.“ (K. Marx/F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei)

Kapitalistische Krise heißt Finanzkrise

In den „allseitigeren und gewaltigeren Krisen“, die in der Tat eintraten, vernichteten jedes Mal die stärkeren Kapitale viele schwache Konkurrenten. Die zyklischen kapitalistischen Krisen erzeugten also gesetzmäßig immer weniger, aber größere Kapitalgruppen.

Ein Eigentümer einer einzelnen Fabrik kann Tausend, vielleicht mehrere Tausend Arbeitskräfte ausbeuten und aus ihrer Arbeit Profit machen. Eine Aktiengesellschaft kann aber viele Fabriken umfassen, kann Hunderttausende für sich arbeiten lassen. Ein Finanzkapital kann über relativ kleine Kapitalanteile an Finanzgesellschaften, die wieder Anteile an Aktiengesellschaften besitzen, riesige Unternehmensgruppen bewegen. In der Ära des Finanzkapitalismus seit ca.1900 gibt es regelmäßig in den Aufschwungphasen heiße Übernahmekämpfe, um Monopolstellungen in einzelnen Märkten zu erreichen. Deshalb nennen wir die Großkapitalisten auch Monopolkapitalisten.

Gerne wird dann das Bild der „Blase“, verwendet, wenn die Preise nur noch durch Spekulation auf noch höhere Preise nach oben getrieben werden. Das Bild der Blase verdeckt aber eher, woher die viele Luft kommt und wann und wodurch es zum Platzen kommt. Die „Luft“ zum Spekulieren kommt in erster Linie aus der „Realwirtschaft“

selbst, aus dem Mehrwert, der den Arbeitern abgepresst wurde. Dieser Mehrwert soll wieder profittragend angelegt werden. Wenn nicht im eigenen Unternehmen zur Erweiterung der Produktion, dann zur Übernahme von anderen Firmen, wenn dort nicht, dann wenigstens zinstragend in Wertpapieren. Die Nachfrage nach Wertpapieren erhöht ihren Kurs usw. So gesehen ist die Blase keine Blase, sondern der Kapitalismus selbst. Und das Bild von der Blase dient lediglich dazu, davon abzulenken.

Weil die Kapitalgruppen von Zyklus zu Zyklus größer werden, und die Konkurrenz immer härter wird, das Risiko, das die Großkapitalisten eingehen, um mitzuhalten, ebenfalls größer. Das Finanzkapital treibt die Erfindung neuer Finanzinstrumente an, die den Profit, aber auch das Risiko multiplizieren. In der zyklischen Krise zeigen sich dann

die Folgen des logischerweise multiplizierten Verlusts und der verschärften Krise. Und das kommt nicht von einer psychologischen „Gier“, sondern vom Zwang, bei Strafe des Untergangs (Karl Marx) Monopolprofite machen zu müssen.

Finanzkrise heißt imperialistische Krise

Nochmals zurück zu der treffenden Beschreibung der kapitalistischen Krise von Marx und Engels im „Manifest“:

„Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte...“ In jeder Krise stößt das Kapital an die Grenzen des Marktes. Je größer das Kapital, desto stärker die Energie,



diese Grenzen zu überwinden. Das Finanzkapital strebt nicht nur die Monopolisierung der heimatischen Märkte an, sondern auch die Herrschaft über so viele Märkte wie möglich. Deshalb ist Großkapital nicht nur immer Finanzkapital und Monopolkapital, sondern hat auch immer imperialistischen Charakter. Nachdem die Weltmärkte aber verteilt sind, nehmen in jeder Krise die Spannungen unter den Imperialisten zu. Lenin schrieb 1917 in „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, Kap.5, Aufteilung der Welt: „Die Kapitalisten teilen die Welt unter sich auf nicht etwa aus besonderer Boshaftigkeit, sondern weil die erreichte Stufe der Konzentration sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um überhaupt Profite zu erzielen; dabei wird die Aufteilung „nach dem Kapital“ „nach der Macht“ vorgenommen, eine andere Teilungsmethode kann es im System der Warenproduktion und des Kapitalismus nicht geben. Die Macht aber wechselt mit der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung.“(LW 22, S.257)

Je mehr die Kapitalisten nach jeder Krise durch eine neue Stufe der intensiveren Ausbeutung der weltweiten Märkte eine Vereinheitlichung des Weltmarkts anstreben, desto mehr schlägt die Krise als Weltwirtschaftskrise zurück. Dabei zeigt sich regelmäßig, dass die „freundliche“ internationale Zusammenarbeit umschlägt in politische Machtdemonstration entsprechend der Machtverhältnisse, bis hin zum militärischen Konflikt, zum Krieg, der schlimmsten aller Krisenfolgen.

Das zeigt auch die Geschichte: Nachdem sich die deutsche Bourgeoisie erst relativ spät einen nationalen Markt schuf, musste sie in hohem Tempo gegen die bereits etablierten britischen und französischen und amerikanischen Kapitalisten aufholen, um in der Konkurrenz mithalten. Es gelang ihr aber nicht, sich ein entsprechendes Imperium zu schaffen, deshalb geriet sie in immer größere Spannungen mit den Imperialisten, die sich die größeren Teile der Welt schon unterworfen hatten.

Die Ruhe im eigenen Land erkauften sich die Imperialisten dabei nach Möglichkeit mit einem Teil des Monopolgewinns, den sie an eine Oberschicht der Arbeiterklasse verteilen. In Deutschland stammte das Geld vor allem aus den Monopolprofiten der imperialistischen Rüstung, womit ein

Teil der Oberschicht der damaligen SPD beeinflusst wurde, die dann den „Burgfrieden“ von 1914 organisierte. So wurde der deutsche Imperialismus zum Aggressor im ersten Weltkrieg, als er in der sich anbahnenden Weltwirtschaftskrise 1913 den Zeitpunkt zur Neuverteilung gekommen sah. In Russlands Arbeiterpartei hatte sich unter Lenins Führung die Mehrheit (Bolschewiki) gegen die opportunistische Minderheit (Menschewiki) durchgesetzt, blieben konsequent gegen den imperialistischen Krieg, und führten in der Krise 1917, die dem Krieg folgte, die Oktoberrevolution zum Sieg.

Die Monopolkapitalisten schaffen mit dem Imperialismus dem Proletariat objektiv weitere „Waffenbrüder“, nämlich die unterdrückten Völker der Welt, mit denen sie das Interesse am Ende der Herrschaft des Imperialismus teilen, und alle am Frieden interessierten Volksschichten.

**Imperialistische Krise heißt
Krise des staatsmonopolistischen
Kapitalismus**

Das Monopolkapital besteht aus Menschen mit Namen, Anschrift und Gesicht (B. Brecht), den Finanzoligarchen (Griechisch: oligoi = wenige, archein = herrschen). Dieser kleine Klüngel setzt seine Interessen seit Beginn der Ära des Monopolkapitalismus immer direkter, möglichst mit eigenem Personal, mit seinem Staatsapparat durch. Der Staat dient nicht mehr zur Vermittlung der Interessen der gesamten Kapitalistenklasse, sondern insbesondere des Monopolkapitals. Vermittlung heißt dabei, wegen der Krisenhaftigkeit und deshalb zunehmenden Aggressivität des Monopolkapitalismus, zwar unbedingt weiterhin Zusammenarbeit der Finanzoligarchen zur Herrschaftssicherung gegen das eigene Volk und gegen andere Völker. Aber das Neue beim direkten Zugriff von wenigen Finanzgruppen auf den Staatsapparat ist die Gruppenbildung zum Konkurrenzkampf gegeneinander nicht nur durch die kaufmännische Konkurrenz, sondern auch durch Maßnahmen der staatlichen Gewalt.

Auch bei der Herrschaftssicherung gibt es Interessensgegensätze und bisweilen heftige Kämpfe unter den Finanzoligarchen bzw. den Gruppen, die sie gebildet haben. Im staatsmonopolistischen Kapitalismus verfügen Vertreter der Monopole mit den



gleichen Geldströmen sowohl über Herrschaftssicherung als auch über Umverteilung von Mehrwert zugunsten von Finanzoligarchen, z.B. bei Rüstungsaufträgen. In der zyklischen Krise im Imperialismus, die den Drang zur Gewalt im Inneren und Äußeren verstärkt, verschärfen sich die Gegensätze der Gruppen der Finanzoligarchie (2). Durch Staatseingriffe kann sich der Verlauf und die Periodizität des Krisenzyklus ändern. Den Grundwiderspruch und die Konkurrenz, die Ursache der kapitalistischen Krisen, kann aber natürlich erst ein Staat beseitigen, der den Finanzoligarchen die politische Macht entrissen hat, die das Privateigentum schützt.

Je nach der sozialen Basis, auf die sich die Propaganda der jeweils vorherrschenden Finanzgruppen und ihrer Burgfrieden-Maßnahmen im jeweiligen Abschnitt des Zyklus hauptsächlich stützt, werden die staatlichen Maßnahmen mit Bezeichnungen wie christlich, sozial, demokratisch, liberal, national, keynesianisch versehen, in Kombinationen, auch mit den Vorsilben frei- oder neo-. Auf diese Rechtfertigungstheorien soll hier nicht weiter eingegangen werden. Gemeinsam ist ihnen, dass damit der Klassencharakter der Wirtschaft und der Gesellschaft verleugnet wird, und ein gemeinsames Interesse aller im Staat –deshalb immer nationalistisch – vor-

gespiegelt wird. Sie sind aber insofern wichtig, weil sie nur so lange wirken, und der Einheit der Arbeiterklasse entgegenstehen, wie sie nicht durchschaut sind.

Mit dem staatsmonopolistischen Kapitalismus destabilisiert das Monopolkapital die eigene Basis, weil sich die Finanzoligarchen mit Hilfe des Staates, der ja in erster Linie zu ihrer Machterhaltung als Klasse dient, untereinander aufs schärfste bekämpfen.

Allgemeine Krise des Kapitalismus

Neben der zyklischen Krise entwickelt sich mit dem Imperialismus (dessen ökonomische Grundlage der Monopolkapitalismus ist) seine allgemeinen Krise.

Die Welt ist unter die imperialistischen Großmächte und unter die Monopolgruppen vollständig aufgeteilt. Es geht nur noch um Neuaufteilungen von Absatzmärkten, Rohstoffquellen, Kapitalanlage- und Einflussphären. Der Vergesellschaftungsgrad der Pro-

Arbeitsfragen

1. Was ist der Grundwiderspruch des Kapitalismus und warum bedingt er seine Krisenanfälligkeit?

2. Warum gibt es eine regelmäßige Wiederkehr kapitalistischer Krisen (Krisenzyklus) und wie wird die Krise überwunden?

3. Was verändert sich von Zyklus zu Zyklus und welche Rolle spielen dabei die Finanzmärkte?

4. Diskutiert den Zusammenhang zwischen Finanzmarktkrise, imperialistischer Krise und allgemeiner Krise des Kapitalismus anhand der historischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts und überlegt, inwieweit er auch heute noch besteht. Welche Rolle spielte der deutsche Imperialismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts? Welche Rolle spielt er heute?

duktionsmittel ist so angewachsen, dass der Übergang zu einer neuen, höheren Gesellschaftsformation, zu einer gesellschaftlichen Aneignungsweise notwendig und möglich wird.

Das Zeitalter der bürgerlichen Weltrevolution ist zu Ende. Die Bourgeoisie, die als Befreierin vom Feudalismus angetreten war, tritt selbst als Unterdrückerin auf – nicht nur des Proletariats. Sie enthält jetzt als Monopolbourgeoisie ganzen Völkern die Entwicklung selbst zu einer kapitalistischen Nation vor. Das Zeitalter der proletarischen Weltrevolution beginnt. Dieser Übergang kann gekennzeichnet werden als Epoche der Kriege und Revolutionen.

Die allgemeine Krise ist ökonomisch gekennzeichnet durch eine Verschärfung des Marktproblems, eine chronische Unterauslastung der Betriebe, und chronische Massenerwerbslosigkeit.

Äußerer Ausdruck des Beginns der allgemeinen Krise des Kapitalismus ist der 1. Weltkrieg und die auf ihn folgenden Revolutionen – beginnend mit der Oktoberrevolution in Russland 1917. Aus der Arbeiterbewegung entstand die kommunistische Weltbewegung.

Der Ausweg der Monopolbourgeoisie, noch stärkere Unterordnung des Staatsapparats unter die Monopole und Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus bis hin zum Faschismus, und der Versuch die Widersprüche durch eine Bündelung der Kräfte gegen die SU zu überwinden, hatte am Ende die Weltwirtschaftskrise ab 1929 und den 2. Weltkrieg im Gefolge. Der Sozialismus in der Sowjetunion konnte sich siegreich verteidigen, und in weiteren Ländern siegte die Revolution unter Führung der Kommunistischen Partei, darunter auch im volkreichsten Land der Erde, China. Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker fügten dem Imperialismus auf der ganzen der Welt Schläge zu.

Im wesentlichen mit einer noch nie da gewesenen Militarisierung der Wirtschaft versuchen die Imperialisten sich auch nach 1945 wieder aus den Widersprüchen der allgemeinen Krise zu befreien. Erst die Rüstung für den 2. Weltkrieg hatte die USA aus der Weltwirtschaftskrise von 1929 gebracht. Nach 1945 war die USA die stärkste imperialistische Macht und konnte in die Einflusszonen der Konkurrenten eindringen, und als

Tribut für ihre Militärmacht den US-Dollar als Weltwährung etablieren, allerdings nur für den Teil der Welt, der dem Imperialismus noch untertan war. Die starke Ausrichtung der US-Wirtschaft auf Rüstung ist aber auch die Grundlage für die darauf folgende neue Verschiebung der Kapital- und Machtverhältnisse. Die geschwächten „alten Imperialisten“, darunter der deutsche, konnten durch Export von Waren in die USA wieder akkumulieren, sei es durch Vorprodukte für die Rüstung (z.B.) Stahl oder Produkte, die dort wegen der Dominanz der Rüstung vernachlässigt wurden. Das Militär der USA wirkte als gemeinsame Herrschaftssicherung gegen das sozialistische Lager und die Befreiungsbewegungen. Die anderen Imperialisten mussten das durch Kauf von Militärgütern und anderen Produkten, die auf Militärtechnologie beruhen, in US-Dollars bezahlen. Dessen materieller Wert wurde zunächst garantiert durch die militärische Macht, aber auch durch die Monopolisierung von Technologie, auf der Rüstung aufbaut, vor allem Luft- und Raumfahrt sowie Elektronik. Auch der Zugriff auf Rohstoffe, vor allem Erdöl, wurde durch den US-Imperialismus monopolisiert. Er versuchte, die imperialistische Konkurrenz durch das gemeinsame Interesse gegen den Sozialismus und die Befreiungsbewegungen zu kanalisieren.

Unter der Peitsche der imperialistischen Konkurrenz in dieser Form nahmen die Imperialisten nicht nur die Gefahr eines atomaren Weltkriegs in Kauf, sondern auch reale lokale Kriege, die Verelendung von Städten, Regionen, ganzen Ländern und Kontinenten, und die rücksichtslose Ausplünderung der materiellen Ressourcen der Erde.

Die zunehmend wiedererstarkten alten Imperialisten befreiten sich Schritt für Schritt aus der US-Dominanz, weil der maximale Monopolprofit nur mit dem eigenen Staat zu erreichen ist. Die gewaltigen Kosten der US-Rüstung und ihrer Kriege wurden nicht mehr mitgetragen. Der Kampf um Einflussphären ist in vollem Gang. Die Marktprobleme, Unterauslastung der Betriebe und chronische Massenerwerbslosigkeit sind größer denn je.

(1) K. Marx, Das Kapital Bd. 2

(2) Vgl. G. Dimitroff u.a., VII. Weltkongress der KI

2. Gegenwärtige Weltwirtschaftskrise

Wir haben im vorigen Abschnitt gelernt, dass ein Kapitalismus ohne Wirtschaftskrisen nicht denkbar ist. In der Bundesrepublik – wie überhaupt in der kapitalistischen Wirtschaft – haben sich Rezessionen, in denen flächendeckend Produktion und Absatz schrumpfen, die Profite einbrechen, Unternehmen pleitegehen und die Arbeitslosigkeit wächst, stets im Abstand einiger Jahre wiederholt: 1967, 1974/75, 1981/82, 1993, 2002/03, und jetzt eben wieder.

Zum Teil ist auch die aktuelle Rezession eine solche zyklische, also regelmäßig als Folge und Umkehrung von Aufschwung und Boom wiederkehrende Krise. Sie ist eine notwendige Bewegungsform des Widerspruchs zwischen dem von Profitgier getriebenen Wachstum der Produktionsmöglichkeiten und der von derselben Profitgier gebremsten Nachfrage nach Produkten. Damit könnte schon alles Notwendige gesagt sein: Kennst du alle Krisen, kennst du auch diese spezielle.

Doch es kommt noch etwas anderes hinzu, was die Krise verschärft, wie sich schon am außergewöhnlichen Ausmaß des Einbruchs ablesen lässt: Die deutsche Wirtschaftsleistung gemessen am Bruttoinlandsprodukt (in der amtlichen Statistik das Maß für die Summe der hergestellten Waren inklusive Dienstleistungen) liegt heute mehr als 5 Prozent unter der von 2008 – die bisherigen Krisen der Nachkriegszeit brachten ein Minus von maximal 1 Prozent. Dabei wird der Fall noch gebremst durch den relativ stabilen Staatssektor. Die Industrieproduktion verzeichnet ein Minus von mehr als 15 Prozent.

Bemerkenswert ist auch, dass erstmals seit den 30er Jahren weltweit Produktion und Handel schrumpfen. Selbst in den als neue Wachstumsstars gefeierten Schwellenländern wie China, Indien, Russland oder Brasilien gingen zig Millionen Arbeitsplätze verloren. Summa summarum ist es die schwerste Krise des Kapitalismus seit dem Zweiten Weltkrieg (und der vorangegangenen Weltwirtschaftskrise von 1929-33).

Diese Krise fällt deshalb besonders schwer aus, weil die 'normale' zyklische Bewegung, die vom Produktionsprozess ausgeht, überlagert und

verstärkt wird vom Platzen spekulativer Blasen.

Spekulationskrise

Der zentrale Auslöser dieser Krise ist die Spekulation auf steigende Hauspreise in den USA. Die Preise für Wohnhäuser stiegen als Folge einer beispiellosen Kaufwut von 1998 bis Mitte 2006 auf fast das Doppelte, getrieben von nichts anderem als der (von Banken und Baugesellschaften angeheizten) Hoffnung der Hauskäufer, dass die Preise noch weiter steigen und sie so mit einem Weiterverkauf noch Gewinn machen können.

Das um rund acht Billionen Dollar aufgeblasene Immobilienvermögen, das sich nun bei fallenden Häuserpreisen in Luft auflöst, war die Basis dafür, dass die Masse der Amerikaner sich in den vergangenen Jahren trotz niedriger Lohneinkommen einen enormen Konsum (Autos, Unterhaltungsgeräte, ...) leisten konnte und sich dafür bis zur Halskrause verschuldete. So entstand bei vielen eine Illusion von Reichtum und Wohlstand, die half, den Klassencharakter des Kapitalismus zu verschleiern. Nun wird die Realität sichtbar: Einkommen und Vermögen der Volksmassen reichen nicht aus, um die aufgenommenen Schulden zu bedienen.

Für die Banken, die Immobilienkäufe finanziert hatten, bedeutet dies eine steigende Zahl von Kreditausfällen. Die faulen Kredite wurden durch so genannte Verbriefungen, eine Finanzinnovation der letzten Jahre, quer durch den Weltfinanzmarkt weitergereicht und lösten so rund um den Globus Bankpleiten aus. Auf dem Höhepunkt der Krise im Herbst 2008 gaben sich die Banken aus Angst vor Totalverlust gegenseitig keinen Kredit mehr und bunkerten ihr Geld lieber, als es „arbeiten“ zu lassen.

Weil keine privaten Kapitalisten mehr willens oder in der Lage sind einzugreifen, bleibt nur noch der Staat. Genau das passiert jetzt. Der Staat kauft den Banken ihre faulen Kredite ab und versorgt sie direkt mit frischem Kapital, indem er teilweise das Eigentum an den Banken übernimmt. Das Ergebnis: „Die Steuerzahler“ (im Wesentlichen die Arbeiterklasse) müssen die Verluste der Banken auf sich neh-

men.

Parallel dazu läuft die Krise außerhalb des Finanzsystems weiter. Die Realwirtschaft (die Produktion, Verteilung und der Konsum von Waren) ist auf zwei Wegen betroffen. Zunächst bedeutet der von den Hausbesitzern erlittene Vermögensverlust, dass sie ihren Konsum einschränken müssen. Das passiert derzeit in rasendem Tempo in den USA und manchen europäischen Ländern, die ähnliche Immobilienblasen hatten (Spanien, Großbritannien u.a.). Die Nachfrage für alle möglichen Waren bricht ein, die Produktion wird gedrosselt, Arbeitsplätze werden gestrichen.

Zwei Seiten derselben Medaille

Deutschland hat zwar in den vergangenen Jahren weder eine Immobilienblase noch einen Konsumboom noch eine übermäßige Verschuldung erlebt, die deutsche Wirtschaft ist aber ähnlich wie die chinesische oder japanische voll auf den Export von Waren ins Ausland orientiert (und schmückt sich seit Jahren mit dem Titel „Exportweltmeister“). Die Wirtschaftskrise der wichtigsten Handelspartner führt dazu, dass die wichtigsten Absatzmärkte für deutsche Autos, Maschinen, Chemie- und Elektroerzeugnisse wegbrechen. Und weil für privaten Konsum die Massenkaufkraft fehlt und die Staatsausgaben durch Sparpolitik begrenzt sind, wird der schrumpfende Export durch nichts anderes ausgeglichen. Auf diese Weise rauschte Deutschland noch tiefer in die Rezession als die USA. Die einseitige Exportorientierung hat Deutschland davon abhängig gemacht, dass andere sich verschulden, um deutsche Waren zu kaufen. Außerdem wurde ein Großteil der Exporterlöse gleich wieder als Kapital in Länder wie die USA exportiert. Deutsches Geld pumpt Spekulationsblasen in aller Welt mit auf – genau deshalb haben sich auch deutsche Banken besonders viele verlustreiche US-Immobilienpapiere auf die Bilanz geladen.

Zweitens führt die Verknappung von Kredit dazu, dass viele Investitionen der Unternehmen oder Konsumausgaben nicht möglich sind. Auch ohne übermäßige Verschuldung läuft die kapitalistische Wirtschaft nur, solange

es genug Kredit gibt. Selbst Großkonzerne, die hohe Profite einfahren und große Barreserven haben, müssen regelmäßig neue Kredite aufnehmen, allein schon, um die Schulden aus alten, auslaufenden Krediten zu bedienen. Tatsächlich hängen Real- und Finanzkapital eng miteinander zusammen. Ohne die Hilfe von Finanzkapital wäre keiner der großen Konzerne entstanden. Eine Trennung der „gesunden“, kapitalistischen Realwirtschaft vom Wahnsinn der Banken mit Zins und Kredit funktioniert deshalb nicht. Umgekehrt ist auch der aufgeblähte Finanzsektor eine Folge realwirtschaftlicher Entwicklungen. Einerseits muss sich das große Kapital weltweit positionieren und benötigt dafür (auch kurzfristig) gewaltige Kampffonds für regelrechte Übernahmeschlachten – also große Mengen an Geldkapital im Verhältnis zum fungierenden Kapital (das in Fabriken, Maschinen und Arbeitslöhnen angelegt ist). Andererseits ist die Ursache der Spekulation die Überakkumulation von Kapital: Auf dem Weltmarkt ist mehr Kapital unterwegs, dessen Eigentümer nach profitablen Anlagemöglichkeiten suchen, als es solche Möglichkeiten tatsächlich gibt. Das ist das Ergebnis der kapitalistischen Ausbeutung, in der die Kapitalisten den maximalen Mehrwert von den ArbeiterInnen abschöpfen, also Profit machen und damit Kapital anhäufen – im Kasino riecht es nach Schweiß.

Arbeitsfragen

1. Wie ist Marxens These der Überakkumulation von Kapital auf die derzeitige Krise zu übertragen. Ist sie auch heute noch ein angemessenes Erklärungsmodell?
2. Was ist das besondere an der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise? Was unterscheidet diese von bisherigen Krisen? Was waren ihre Auslöser?
3. Diskutiert die auch unter Linken gängige Behauptung vom „finanzmarktgetriebenen Kapitalismus“, wonach sich die Spekulationssphäre von der Realwirtschaft entkoppelt habe.

Verstaatlichungssonett

Von Dietmar Dath

Die Pleite droht, trotz Produktivität.
Der Motor stottert. Opel frißt der Rost.
Man ruft nach Keynes. Der Einfall kommt zu spät.
Der Staat besitzt längst weder Bahn noch Post.

Sie wissen nicht, was Wert ist und was Preis.
Ihr Bild von ihrer Lage ist verkehrt.
Sie hoffen bang und glauben jeden Scheiß.
Sie wissen nicht, was Preis ist und was Wert.

Das geht in der Regel einige Jahre gut (für die Kapitalisten). Zum Wesen des Kapitals gehört es aber, dass es dann nicht verprasst wird, sondern nach Möglichkeit weiter maximale Profite erwirtschaften soll. Die Profitaussichten weiterer Investitionen in Fabriken, Maschinen, Computer usw. schwinden aber, weil dann Überkapazitäten im Vergleich zu den Absatzmöglichkeiten entstehen, denn die Ausbeutung begrenzt ja auch die Massenkaukraft der Arbeiterklasse. Selbst in Boomzeiten werden die vorhandenen Produktionsanlagen nur noch zu rund 80 Prozent genutzt, derzeit ist die Kapazitätsauslastung unter 70 Prozent gefallen. Noch mehr Anlagen zu bauen, verspricht wenig Profit.

Ein zeitweiliger Ausweg für die Kapitalisten besteht in der Spekulation, d. h. das Kapital wird nicht in der Realwirtschaft investiert, sondern am Finanzmarkt. Das Finanzkapital kann sich zeitweise von der Realwirtschaft ablösen, weil die Profite nicht unmittelbar realisiert werden müssen – es wird mit Versprechen auf zukünftige Profite gehandelt, je nach Erwartungen scheint es keine Grenze nach oben zu geben. Schließlich wird die Spekulation auch mit Kredit, also mit „fiktivem Kapital“ (Marx) angeheizt: Banken und andere Finanzinstitute verleihen Kapital, das noch gar nicht im Produktionsprozess durch Ausbeutung der Arbeiter erzeugt wurde, das sie aber in Zukunft zurückhaben wollen – plus die Zinsen, die den Anspruch auf mit dem Kapital erwirtschafteten Profit ausdrücken. Letzten Endes hängt aber auch das Zustandekommen dieser Profite von der Leistungsfähigkeit der Arbeiterklasse ab. Kapital ist aus marxistischer Sicht „gefrorene Arbeit“, also von den Kapitalisten angeeignete Erzeugnis-

Macht zum Investment-Trust die Republik!
Stützt doch mit Steuern jedes Wertpapier!
Baut Hospitäler, rüstet für den Krieg!
So fordern Dumme. Wer bezahlt es? Wir.

Das Konjunkturpaket ist innen hohl.
Auf Ohnmacht hat der Staat ein Monopol.

aus: *junge Welt*, 30.04.09, S.1

se der Arbeitskraft. Fiktives Kapital ist dementsprechend gefrorene Arbeit der Zukunft, ein Mehrwert, den die Arbeiterklasse erst noch abliefern muss. Sobald sich bei den Kapitalisten die Einsicht durchsetzt, dass sich die Profitversprechen in dieser Höhe nicht einlösen lassen, ziehen sie ihr Kapital ab – die Spekulationsblase platzt. Die Finanzmärkte können sich nicht dauerhaft von der 'realen Wirtschaft', vom Produktionsprozess abkoppeln. Das Phänomen der Überakkumulation ist seit dem Entstehen des Kapitalismus zu beobachten und wurde von Karl Marx als wichtigste Erklärung für zyklische Krisen beschrieben. Inzwischen werden diese regelmäßigen Krisen aber durch eine chronische Krise der Überakkumulation von Kapital überlagert. Circa seit der Rezession von 1974/75 läuft die Spekulation in Wellen, die direkt ineinander übergehen (Schuldenkrise der Entwicklungsländer, Absturz der „Tigerstaaten“ in Asien, Aktienblase rund um den Internetboom und „New Economy“, Immobilienkrise in den USA, um nur einige Beispiele zu nennen). Begleitet wird diese Entwicklung von einer Politik der verschärften Ausbeutung durch Kürzung von Löhnen und Sozialleistungen, verbunden mit einer Entfesselung des Finanzkapitals (bekannt unter dem Label „Neoliberalismus“), die das Ziel verfolgt, die Profitraten zu steigern. Vorübergehend ist diese Strategie bemerkenswert erfolgreich, der Kapitalismus hat gerade nach der historischen Niederlage des Sozialismus von 1989/90 einen ungeahnten Höhenflug erlebt, doch er untergräbt damit seine Zukunft weiter, weil er das Krisenpotenzial verschärft.

3. Was tun?

Sozialistische Politik in der Krise des Kapitalismus

Es kann schon fast gespenstisch anmuten: Knallharte neoliberale Hardliner – die offensten Vertreter ihrer Klasse – fordern in der Krise plötzlich Dinge, die doch irgendwie von links besetzt schienen oder für einige sogar als eine Art Vorstufe des Sozialismus galten: Konjunkturprogramme zur Förderung der Binnennachfrage, massive staatliche Eingriffe in den Markt oder gar Verstaatlichungen.

Waren das vor der Krise richtige Forderungen und sind sie es heute nicht mehr? Müssen wir SozialistInnen jetzt die Verstaatlichungsforderung noch toppen, indem wir gleich die „Vergesellschaftung“ der Banken fordern? Moment, der Reihe nach: Erste Frage muss immer sein: In wessen Interesse kann in dieser imperialistischen BRD ein Konzern oder eine Bank verstaatlicht werden?

Verstaatlichung?

Wessen Staat ist dieser Staat?

Kurze Wiederauffrischung: Der kapitalistische Staat ist weder während Konjunktur noch während der Krise klassenneutral oder auf einen Ausgleich der Interessen der Arbeiter- und der Kapitalistenklasse aus – allenfalls, um die Verwertungsbedingungen des Kapitals so positiv wie möglich zu gestalten. Der Staat agiert im Kapitalismus als Sachwalter der Interessen der Kapitalisten – als „ideeller Gesamtkapitalist“ – im Monopolkapitalismus sogar als direkter Vertreter der Konzerne und Banken und setzt all seine Machtmittel zu diesem Zweck ein.

In der heutigen Situation sind die Banken und Konzerne nicht in der Lage, die Krise zu meistern - sie schreien nach dem Staat. Dieser versucht nun, den Wirtschaftskreislauf wieder in Gang zu bringen. Das was uns jetzt als notwendiges Rettungspaket präsentiert wird, zeigt, dass dieser Staat nur die Interessen der Banken und Konzerne vertritt. Das gilt auch dann, wenn – wie im Fall der „Hypo-Real-Estate“ eine Bank verstaatlicht wird.

Die kapitalistischen Staaten wollen die Verwertung des Kapitals auf Rechnung der ganzen Gesellschaft auf neue Beine stellen, um die Banken nach getaner Tat wieder in die

Hände des Privatkapitals zu geben. Sehr trefflich charakterisiert der US-Wirtschaftswissenschaftler Krugman die Verstaatlichung von Banken als „Vorprivatisierung“. Mit der Verstaatlichung der Banken werden Bankbilanzen ganz oder teilweise Teil des staatlichen Haushalts, d.h. die in den Bilanzen schlummernden Risiken und die zu erwartenden Verluste werden aus einem privaten zu einem staatlichen Risiko bzw. Verlust. Von demokratischer Kontrolle kann auch bei einer Bank im Staatsbesitz nicht gesprochen werden. Unter den gegebenen Macht- und Eigentumsverhältnissen vertreten die Regierungen zwangsläufig die Interessen der Minderheit der Kapitalbesitzer. Erst im Sozialismus (also mit der politischen Macht der Arbeiterklasse) wird Demokratie durch die Mehrheit möglich sein. KommunistInnen sollten nicht dazu beitragen, Illusionen über den Klassencharakter des Staats zu bestärken, indem sie Verstaatlichungen als „Lösung“ für die Krise propagieren oder als einen Schritt in Richtung Sozialismus.

Diese prinzipiellen Erwägungen bedeuten jedoch nicht, dass die Forderung nach Verstaatlichung eines von der Pleite bedrohten Konzerns in der jetzigen Situation generell abzulehnen wäre. Eine Verstaatlichung kann durchaus eine mittelfristige Verbesserung der Lage der betroffenen ArbeiterInnen bedeuten und der Kampf einer Belegschaft mit diesem Motto kann zu einem Sprung im politischen Bewusstsein führen. Es ist abhängig von der konkreten Situation, zu entscheiden, ob der Kampf mit dieser Losung aufgenommen werden soll: Sie muss zur Bildung von Klassenbewusstsein beitragen und darf die Kosten der Verstaatlichung nicht auf andere Teile der Arbeiterklasse abwälzen. Sie sollte zum einen die Forderung nach Erhaltung der Standorte auch in anderen Ländern beinhalten, zum anderen klarmachen, dass Sozialabbau keine Option zur Finanzierung ist!

Klar sein sollten wir uns aber darüber, dass Staatseingriffe zwangsläufig zu sprunghaft höheren Staatsschulden führen. Früher oder später werden diese wieder eingetrieben – mit Lohn-

kürzungen im öffentlichen Dienst, mit Sozialabbau und mit Steuererhöhungen. Denn am Ende sind auch Staaten überfordert, die riesigen Kapitalmengen zur Rettung insolventer Banken und Unternehmen aufzubringen. Je mehr der Staat als Kreditgeber und Profitgarant wirkt, je höher die Staatsschulden werden, desto mehr wird er abhängig von denen, die ihm Kredite geben. Diese Abhängigkeit der kapitalistischen Staaten vom Finanzkapital wird umso größer, je höher ihr Kreditbedarf. Die Tendenz geht also nicht zu demokratischer Kontrolle des Finanzwesens durch den Staat, sondern in Richtung noch direkterer Unterordnung des Staatsapparates unter das Finanzkapital.

Konjunkturprogramme zur Stärkung der Binnennachfrage?

„Wenn die Firmen nicht mehr investieren und die Verbraucher nicht mehr konsumieren, dann hilft nur noch der Staat. Er muss die Nachfragerlücke schließen. Aber die Konjunkturpakete über insgesamt 65 Milliarden Euro sind zu eng geschnürt.“ (DGB)

„Die LINKE fordert ein staatliches Zukunftsprogramm in Höhe von 100 Milliarden Euro pro Jahr zur Bekämpfung der Krise. Die Schwerpunkte sind Klimaschutz, Infrastruktur, Verkehr, Bildung und Gesundheit. Mehr als zwei Millionen zusätzliche, tariflich bezahlte Arbeitsplätze werden so geschaffen.“ („Antikrisenprogramm“ der PdL).

In der Tat: Der kapitalistische Staat ist bereit, Produktion und Konsumtion staatlich zu subventionieren. Unter



Umständen gelingt es ihm auch, die Krise etwas gelinder zu gestalten. Fast notwendigerweise aber überlastet dies den Staat und er liefert sich dem Finanzkapital aus. Die haben auch ein Interesse an Konjunkturprogrammen und Konsumschecks, weil gerade in der Finanzkrise Staatschulden als sicherste Anlage gelten. Aber: Die Analyse der Krise durch die PdL greift zu kurz. Die Krise ist nicht durch Unterkonsumtion entstanden und Konjunkturprogramme können mittelfristig kein Mittel zur Bekämpfung der Krise sein. Die Überproduktion lässt sich nur durch Vernichtung von Kapital und Produkten also durch Marktberäumung und Neuaufteilung abbauen. Die „Lösung“ für die Krise ist im Rahmen des Kapitalismus also nur die Krise selbst.

Dennoch können Konjunkturprogramme wie sie der Linken vorschweben natürlich sinnvoll sein, um die soziale Lage der Arbeiterklasse zu verbessern, bzw. die Krisenfolgen für die Arbeiterklasse etwas abzumildern. Die „Konjunkturprogramme“ der Bundesregierung bedeuten jedoch eine Subvention des Industriekapitals oder sogar weitere Aufrüstung und Krieg – der „Weg aus der Krise“ nach 1929. Klar ist, dass wir diese Form staatlicher Intervention in jedem Fall bekämpfen müssen. Ein zweischneidiges Schwert sind auch die von DGB und IG Metall geforderte Ausweitung der Kurzarbeit und andere Formen der staatlichen Lohnsubventionen. So wie derzeit ausgeführt, stellen sie eine Fortsetzung der sozialpartnerschaftlichen Orientierung der Gewerkschaftsführungen dar. Sie suggeriert, Kapital und Arbeit hätten dasselbe Interesse an einer „Lösung“ der kapitalistischen Krise. Auf der anderen Seite könnte Kurzarbeit aber durchaus auch propagandistisch als Ansatz zur Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich genutzt werden – natürlich zu zahlen von den Konzernen.

„Umverteilung“ von oben nach unten?

„Die Umverteilung von unten nach oben muss endlich gestoppt und umgekehrt werden. Die heutige Renditefixierung, (...) muss abgelöst werden durch ein Wirtschaften, das den Unternehmenserfolg am langfristigen Wachstum sowie an den Interessen von Beschäftigten und Allgemeinheit misst“ („Antikrisenprogramm“ der

PdL). Auch bei den Gewerkschaften sieht man die Möglichkeit, Krisen in Zukunft zu verhindern, indem man den Kapitalismus stärker „sozial und ökologisch reguliert“ (1).

Sogar unter den Linken in der PdL sieht man die Lösung für die Krise in einer Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten. Sahra Wagenknecht glaubt gar „dass eine Umverteilung zugunsten der Beschäftigten, der Rentnerinnen und Rentner sowie der Arbeitslosen auch das beste Mittel ist, um künftigen Finanzkrisen vorzubeugen“ (2). Ein krisenfreier Kapitalismus ist also angeblich möglich. Wirtschaftskrisen lassen sich aber nicht durch Umverteilung lösen, da sie auch nicht durch Umverteilung entstanden sind.

Schon Marx wusste: „Sind die Elemente der Produktion derart verteilt, so ergibt sich daraus von selbst die heutige Verteilung der Konsumtionsmittel. (...) Der Vulgärsozialismus (...) hat es von den bürgerlichen Ökonomen übernommen, die Distribution als von der Produktionsweise unabhängig zu betrachten und zu behandeln, daher den Sozialismus hauptsächlich als um die Distribution sich drehend darzustellen“ (3).

Es ist umgekehrt die wachsende Produktivität der kapitalistischen Konkurrenz und nicht die staatliche Umverteilung (die allerdings noch verstärkend hinzukommt), die im kapitalistischen System dazu führt, dass sich immer größere Reichtümer und vor allem immer mehr Kapital in der Verfügung immer weniger und immer größerer Konzerne und ihrer Eigentümer konzentriert. Auf der anderen Seite führt wachsende Produktivität dazu, dass die Ware Arbeitskraft weniger nachgefragt wird, also Arbeitslosigkeit wächst und sich so der Druck auf die Löhne und Gehälter weiter verstärkt. Es wächst damit auch die Verarmung der arbeitenden Lohnabhängigen. In der jetzigen Krise wird die Arbeitslosigkeit erheblich zunehmen und damit steigt insbesondere in der Krise auch der Druck auf die Löhne. Armut auf der einen und Reichtum auf der anderen Seite sind also nicht Produkt einer falschen Verteilung, sondern der kapitalistischen Produktionsweise selbst. „Es folgt daher, dass im Maße wie Kapital akkumuliert, die Lage des Arbeiters, welches immer seine Zahlung, hoch oder niedrig, sich verschlechtern muss“ (4). Von daher sei es – so der Mann mit dem Bart

- „überhaupt fehlerhaft, von der sog. Verteilung Wesens zu machen und den Hauptakzent auf sie zu legen“ (5). Es gibt weder ein „Vor“ noch „Zurück“ zu einem vermeintlich sozialen Kapitalismus ohne Krisen. „Insoweit ist die Krise eine Chance. Sie kann das Wolkenkuckucksheim einer solidarischen Kapitalverwertung erschüttern“ (6). Dies schließt natürlich konkrete politische Verteilungsforderungen an den Staat nicht aus:

Konsequenter Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse

In der jetzigen Krise geht es vor allem darum, dafür zu kämpfen, dass die Folgen der Krise für die LohnarbeiterrInnen abgemildert werden. Wir sollten aber nicht die Meinung verbreiten, dass es Krisen ohne die Folgen von Krisen, d.h. Krisen ohne Entlassungen geben könne. Entlassungen aufgrund von Überkapazitäten zu verbieten, könnte man nur, wenn man die Krise selbst verbieten könnte. Solange die Grundlage der Ökonomie die Kapitalverwertung ist, gibt es Krisen und wir zahlen dafür. Es geht also darum, Forderungen zu entwickeln, die den Kampf der Arbeiterklasse für ihre eigenen Interessen fördern. Die wichtigsten Forderungen angesichts der gegenwärtigen Krise sind soziale und politische Forderungen:

- Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich: Um Entlassungen zu vermeiden und den Produktivitätsfortschritt für die Verbesserung der sozialen Verhältnisse zu nutzen.
- Gesetzlicher Mindestlohn von mind. 10 € brutto.
- Weg mit Hartz IV, das erheblichen Druck auf die Löhne ausübt.
- Ausdehnung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes auf mind. fünf Jahre.
- Rente mit 60.

Auch wenn dies alles gegen den heftigen Widerstand des Kapitals durchgesetzt würde, wäre damit noch immer kein solidarisches Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital gegeben, die Ware Arbeitskraft würde sich nur besser verkaufen.

Zugleich gilt es der Arbeiterklasse zu vermitteln, dass diese Forderungen ohne den (politischen) Streik illusorisch bleiben und nur der Kampf und nicht Wahlen in der Lage sind, diese Forderungen umzusetzen.

Neben diesen zentralen ökonomi-

schen Forderungen müssen KommunistInnen gerade in der Krise auch den politischen Kampf führen. Diese Krise wird eben nicht nur die Arbeitslosigkeit steigen lassen, die Arbeitsbedingungen verschlechtern und eine neue große Runde des Sozial- und Bildungsabbaus einläuten (Agenda 2020). Die verschärfte Konkurrenz auf dem Weltmarkt infolge der Krise steigert auch die Gefahr neuer imperialistischer Kriege. Damit einher geht – abgeleitet aus den Entwicklungsbedingungen des Imperialismus – auch weiterer Abbau der Demokratie und eine Steigerung der staatlichen Repression (Bundeswehr im Inneren). Nicht zuletzt spitzt sich in dieser Krise auch die Umwelt- und Klimakrise weiter zu, die mittelfristig ebenfalls die Existenzbedingungen der Menschheit gefährdet.

KommunistInnen müssen sich dadurch auszeichnen, den Menschen diese Zusammenhänge aufzuzeigen und einen umfassenden politischen und ökonomischen Kampf zu organisieren.

Besonders betroffen: Jugendliche

Für Jüngere und Ältere ist das Risiko des Jobverlustes in der Krise besonders hoch. Die Arbeitslosigkeit bei den unter 25-Jährigen und den über 55-Jährigen stieg im Mai mehr als dreimal so stark wie die Erwerbslosigkeit insgesamt, wie aus einer Studie des DGB (7) hervorgeht.

Bei den 15- bis 24-Jährigen nahm die Zahl der jobsuchenden Männer um 26,4 Prozent zu, bei den Frauen um 2,8 Prozent. Die Jüngeren verlieren ihren Job, weil sie oft nur befristet oder in Leiharbeit beschäftigt sind und ihre Verträge auslaufen. Oftmals müssen die betroffenen Jugendlichen Hartz-IV-Leistungen beantragen, weil sie etwa wegen zu kurzer Beschäftigungsdauer keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben. Auch die Zahl der Ausbildungsplätze geht in der Krise zurück: Derzeit zeichnet sich ab, dass das Lehrstellen-Angebot im Vergleich zum Vorjahr um 50.000 Ausbildungsplätze zurückgehen könnte. Bei dem Versuch, die Krisenlasten auf die Arbeiterklasse abzuwälzen, ist zudem ein verschärfter Bildungsabbau abzusehen. Kurz: Die arbeitende und lernende Jugend erwartet eine dramatische Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse.

In dieser Situation kommt es für uns

darauf an, konsequent die Interessen der arbeitenden und lernenden Jugend zu vertreten und einen Zusammenhang zwischen ihrer Lage und der kapitalistischen Krise herzustellen. Betrieblich muss es verstärkt um den Erhalt der Ausbildungsplätze und um die Übernahme nach der Ausbildung gehen. Und die Ausbildungsplatzabgabe ist in der Krise für die Arbeiterjugend sogar noch wichtiger als zuvor.

Nur der Sozialismus kann das Krisenchaos überwinden!

Die oben genannten konkreten Kampflosungen sind wichtig. Doch unsere Agitation muss außerdem klar sagen, dass nur eine sozialistische Gesellschaftsordnung eine Gesellschaft ohne Krisen sein kann. Ja, es ist heute unbedingt nötig - neben Forderungen gegen die Abwälzung der Krise auf die Arbeiterklasse - die sozialistische Perspektive aufzuzeigen. Nur mit der Perspektive einer anderen Gesellschaft sind die augenblicklichen Abwehrkämpfe überhaupt wirklich konsequent zu eröffnen und durchzuhalten. Wegen ihres fehlenden Widerspruchs zum kapitalistischen System und der Angst vor der Zuspitzung können Menschen, die die nicht sehen, dass ihre Interessen im fundamentalen Widerspruch zum Kapitalismus stehen, selbst die Tageskämpfe nicht in aller Konsequenz führen. Es gibt keinen besseren Zeitpunkt, Propaganda für die Notwendigkeit und Machbarkeit des Sozialismus zu betreiben als jetzt – wo der Mehrheit der Menschen das Versagen des Kapitalismus vor Augen geführt wird. „Auf der Basis dieser asozialen kapitalistischen Wirtschaft gibt es keine Lösung für die Probleme, die sie erzeugt. (...) Die Produzenten des Reichtums müssten auch die Eigentümer ihrer Produktionsbedingungen sein, um zu ermöglichen, dass der von ihnen erarbeitete Reichtum für die maximale Entfaltung ihrer Bedürfnisse verwendet wird und nicht in Krisen vernichtet und in Spekulation verjubelt wird. Wir leben in einer Wirtschaftsordnung, in der die Menschen die wirtschaftlichen Abläufe nicht unter Kontrolle haben (denn keiner will doch Krisen), sondern in der sie durch die Produkte ihrer eigenen Arbeit beherrscht werden. Sie werden beherrscht durch sachliche, ökonomische Gesetze, die wie Naturgesetze wirken, aber natürlich von Menschen gemacht und damit

nicht ewig gelten müssen.

Erst wenn Menschen nicht mehr von den Naturgewalten der Kapitalakkumulation beherrscht werden, kann man davon sprechen, dass Zeiten angebrochen sind, in denen statt Abhängigkeit Freiheit und statt Demütigung Menschenwürde Einzug gehalten haben, Zeiten, die sich dadurch auszeichnen, dass die maximale Entwicklung des Potentials aller Menschen der einzige Zweck menschlicher Tätigkeit geworden ist“ (8).

(1) DGB Bundesvorstand, Das Spiel ist aus. Ursachen und Wege aus der Finanzkrise, 2009.

(2) Sahra Wagenknecht: Doppelte Enteignung, jW 15.10.2008.

(3) Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, S. 22.

(4) Karl Marx, Das Kapital Bd. I, S. 675.

(5) Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms, a.a.O.

(6) Rainer Roth, Solidarische Gesellschaft auf der Basis der Kapitalverwertung – Alternative zu Finanz- und Wirtschaftskrise?

(7) DGB Bundesvorstand, Krise trifft Junge und Ältere besonders hart, Juli 2009.

(8) Rainer Roth, a.a.O.

Arbeitsfragen

Benennt die Widersprüche, die sich bei der Forderung nach Verstaatlichung von Betrieben einstellen können.

Was kennzeichnet die Unzulänglichkeiten der Forderungen nach Konjunkturprogramm und Umverteilung von oben nach unten?

Die Krise verschärft die Widersprüche und lässt insbesondere eine dramatische Verschlechterung der Lebensverhältnisse der Arbeiterjugend erwarten. Welche speziellen Forderungen sollten wir daher erheben?

Letztlich reicht es jedoch nicht aus, nur Verbesserungen innerhalb des Kapitalismus zu fordern und umzusetzen. Notwendig ist die Beseitigung des Kapitalismus und der Aufbau des Sozialismus. Warum?

GLOSSAR

Akkumulation: von lat. Accumulatio, „Aufhäufen“ in der Regel von Reichtümern. Im ökonomischen Sinne meint A. allgemein die Bildung und Verwendung eines Teils des gesellschaftlichen Gesamtprodukts zu dem Zweck, die ständige Erweiterung und Vervollkommnung der Produktion zu sichern. Im Kapitalismus ist die A. des Kapitals die spezifische Form der erweiterten Reproduktion, ist sie die „Anwendung von Mehrwert als Kapital oder Rückverwandlung von Mehrwert in Kapital“. (Marx, MEW, 23, S. 605) Die A. des Kapitals führt objektiv zur Konzentration und Zentralisation des Kapitals und der Produktion. Der A.prozess im Kapitalismus schafft die objektiven Bedingungen für die Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln zugunsten eines gesellschaftlichen, sozialistischen Eigentums.

Profit: von lat. Profectus, „Fortgang, Zunahme, Vorteil“. P. ist die verwandelte Form des Mehrwerts, dessen Erscheinungsform an der Oberfläche der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Seinem Wesen nach ist der P. Mehrwert, Produkt der Mehrarbeit der Arbeiter. Die Kapitalisten messen die Verwertung ihres Kapitals nicht durch den Vergleich der absoluten Größe des P., sondern durch dessen relative Größe, d.h. durch sein Verhältnis zum vorgeschossenen Kapital: $(mc+v)$ (Mehrwert (m), verbrauchte Produktionsmittel oder konstantes Kapital (c), Arbeitskraft oder variables Kapital (v)) Dieses Verhältnis ist

die Profitrate im Unterschied zur Mehrwertrate (m/v) Die P.rate ist der Verwertungsgrad des Kapitals; sie ist stets kleiner als die Mehrwertrate. Der durch die Konkurrenz bedingte Kampf der einzelnen Kapitalisten um eine höhere P.rate zwingt diese, modernere Maschinen, Anlagen, Arbeitsverfahren usw. anzuwenden. Das führt dazu, daß in der (organischen) Zusammensetzung des Kapitals aus c und v der Anteil von c beständig wächst. Weil aber nur die Arbeitskraft, also v in der Lage ist, Mehrwert (m) zu schaffen, sinkt damit die P.rate zumindest tendenziell. Dieser Tendenz des Sinkens der P.rate versuchen die Kapitalisten mit verschärften Ausbeutungsmethoden (Lohnsenkung, Erhöhung der Intensität der Arbeit usw.) entgegenzuwirken.

Überproduktion/Unterkonsumtion: bilden zwei Seiten derselben Medaille. Jede Überproduktion ist zugleich Unterkonsumtion und umgekehrt. Sie sind gleichermaßen Ausdruck der periodisch wiederkehrenden Krise, die durch die kapitalistische Akkumulation selbst bedingt ist. Im Kapitalismus herrscht Anarchie der gesellschaftlichen Produktion. Jeder einzelne Kapitalist strebt in Konkurrenz zu andern Kapitalisten danach, möglichst viele Waren zu produzieren und zu verkaufen, um einen möglichst hohen Profit zu erzielen. Andererseits streben die Kapitalisten wegen ihres Zwangs zur Profitmaximierung auch dahin, den Preis der Arbeitskräfte, also der potentiellen Käufer ihrer Waren, möglichst niedrig zu halten und zu drücken. In der Konsequenz bedeutet dies, dass die produzierten Güter aus Mangel an

realen Käufern nicht mehr zur Gänze abgesetzt werden können. Der britische Sozialliberale John Atkinson Hobson (1858-1940) entwickelte die Unterkonsumtionstheorie, wonach das Entstehen von Wirtschaftskrisen aus einer unzureichenden Nachfrage nach Konsumgütern zu erklären ist und vermöge der Stärkung der Massenkaufkraft durch Lohnerhöhungen bekämpft werden kann. Diese Theorie spielt auch in einer „linken“ Auslegung der Theorien von John Maynard Keynes (1883-1946) eine Rolle. Sie unterstellt fälschlicherweise, daß durch Kaufkraftherhöhung der krisenhafte Charakter der kapitalistischen Produktionsweise dauerhaft beseitigt werden könne und ist damit das klassische theoretische Rüstzeug sozialdemokratischer bzw. gewerkschaftlicher Reformansätze und -forderungen. Nicht zuletzt deshalb, weil sie mit der Marx'schen These vom tendenziellen Fall der Profitrate unvereinbar ist, verkennt sie die tatsächlichen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus und verbreitet die Illusion, daß Krisen und Widersprüche innerhalb des Kapitalismus lösbar sind.

Impressum

Bildungszeitung zur Krise;
Herausgeberin: Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), V.i.S.d.P.: B. Schmidt, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen;
E-Mail: info_at_sdaj-netz.de;
Web: www.sdaj.org

